

Bodenlose Fenster

Das Kultur-Schloss: Im Humboldt Forum vollendet sich die Weltanschauung des deutschen Bürgertums.

Von Jürgen Große FAZ 21.7.21



Humboldt Forum: „Einstweilen ist für die Kunst so viel gewonnen, dass man wenigstens wieder Fassaden baut.“ (Jacob Burckhardt, 6. August 1879) Ullstein Bild

Das Schloss – „Humboldt Forum“ nennen es die wenigsten – wirkt immer noch wie eine hingeklotzte Behauptung, eine erst mit Sinn zu füllende Hülse. Schon die Baumotivation blieb jahrelang diffus. „Leidenschaftlich wird über Fassaden und Formen debattiert“, schrieb 1995 der Spiegel, „fast nie über Sinn und Zweck von Gebäuden, noch seltener über Geld.“ Ursprünglicher als der Wunsch nach einem Schloss war in den Neunzigerjahren der Wille gewesen, den Palast der Republik abzureißen. Dieser stand den Aspirationen einer staats- wie stadtpolitischen „Neuen Mitte“ im Weg: mit einem Übermaß historischer Ambivalenz.

Im Palast hatte die DDR-Volkskammer getagt, zuletzt, um der Vereinigung der beiden Deutschlandhälften zuzustimmen. Die Aussicht auf diese Einheit hatte im Westen nicht nur Begeisterung erweckt. Der verdunkelte Palast der Republik erinnerte die neuen Führungsschichten auch an die eigene politische Vergangenheit. Bis 1989 hatten viele ihrer Angehörigen das Faktum eines zweiten, sozialistischen deutschen Staates wohlwollend akzeptiert. Zudem war der Palast ein Denkmal dafür, dass man sich selbst in einer Diktatur amüsieren kann. Das Haus war von der SED-Führung bestellt, vom DDR-Volk bezahlt, endlich aber allgemein angenommen worden. Gestürmt wurde es ausschließlich zu Vergnügungszwecken. Nach seiner Asbestsanierung konnte der Palast deswegen zwar nicht mehr als volksgesundheitliches Ärgernis, jedoch auch nicht als revolutionshistorischer Lernort gelten.

Hier kam nun ein weiteres Abrissmotiv ins Spiel. Der Volkspalast war ein imposantes Monument für all das, was an der DDR „preußisch“ gewesen war. In seiner Mehrzwecktauglichkeit erwies er sich als typisches Bauwerk einer Erziehungsdiktatur, dienstbar gleichermaßen der Repräsentation, der Bildung und dem Amüsenment. Als Idee wie als Realität stand der Palast somit in einer speziellen Linie preußisch-deutscher Geschichte, der des aufgeklärten Absolutismus. Dessen Ambition auf Volkslenkung und -zerstreuung verwirklichte der Palast auf architektonisch dezente Weise. Von solcher Dezenz konnten die Schloss-Befürworter wie die Forum-Propagandisten nur träumen. Der geplante Palastnachfolger war von Anbeginn verurteilt, zur Synthese aufdringlicher, jedoch divergenter Sinnsetzungen zu werden – zum Kompromissbauwerk.



November 1985: Blick auf den Palast der Republik, in dem einst die DDR-Volkammer tagte. Das Bauwerk stand in der Linie des aufgeklärten Absolutismus preußisch-deutscher Geschichte. dpa

Ein Blick zurück: Anfang der Siebzigerjahre hatte Honeckers Regierung für den Palast jenen jahrelang verwaisten Platz bestimmt, auf dem das Berliner Stadtschloss der Hohenzollern gestanden hatte. Weltkriegsbomben hatten dieses Gebäude stark beschädigt. Im Westen Deutschlands entschied man sich in ähnlichen Fällen zuweilen für einen Abriss. Doch nicht deswegen hielt Honeckers Vorgänger Walter Ulbricht die Sprengung der Schlossruine für gerechtfertigt. Schon 1951 gab es Entwürfe für einen Volkspalast nach stalinistischem Bauvorbild. Ulbricht und Honecker begriffen „Volk“ als Staatsvolk. Seine Basis erblickten sie in einer kulturbedürftigen und -beflissenen Arbeiterklasse. Somit waren ihre Konzepte ideologisch stringent.

Zwischen Aufstiegsehrgeiz und Abstiegsangst

Mit Zielkonflikten bekommt es hingegen ein Staatswesen zu tun, das sich als

bürgerlich versteht. Seine soziale Abgrenzung gegen die Arbeiterschaft wie seine moralische gegen die Aristokratie hatte sich das Bürgertum, sofern politisch erfolgreich, gern als „kulturell“ gedeutet. Die Unsicherheit bürgerlichen Selbstwertgefühls, als Mittelklasse gefangen zwischen Aufstiegssehnsucht und Abstiegsangst, ist im Wunschbild „Kulturbürgertum“ auf fragile Weise bewältigt. Die europäische Adelsherrschaft blieb oft das in der sozialen Tatsächlichkeit unerreichbare, daher zum Formzitat geschrumpfte Ziel bürgerlicher Nostalgien. Der Neubau eines Schlosses – Symbol autokratischer Herrlichkeit – steht unter Rechtfertigungszwang. Er muss durch gegensinnige Füllung eine politische Freiheitstradition beschwören. Immerhin war das Hohenzollernschloss aus einer spätmittelalterlichen Zwingburg entstanden, die den Berliner Bürgerwillen brechen sollte. Einen Neu- oder Nachbau konnte daher einzig die ästhetische Qualität des Zerstörten legitimieren; eine Verbeugung vor der Kunst der Baumeister, nicht vor den Ambitionen der Bauherren. Geboren war die Idee eines Kultur-Schlosses.

Darin wirkte ein spezifisch deutsches, „geistiges“ Verständnis von Kultur fort: Kultur nicht als Synonym (westlicher) Zivilisation, sondern als bürgerliches Refugium des Guten, Wahren, Schönen. Auch die abgegriffene Prägung „Kunst und Kultur“ – beides oft synonym gesetzt – gehört hierher. Im neunzehnten Jahrhundert hatte sich dieses reduzierte Kulturverständnis zwischen bürgerlichem Besitz- und Bildungstolz entwickelt. Bürgerliche Selbstrepräsentation war nicht notwendig an politische Macht, durchweg aber an materielles Vermögen geknüpft. Ähnlich wie die Adelsgesellschaft Alteuropas die zwei Körper des Königs kannte, verband sich in den „Kulturgütern“ der bürgerlichen Gesellschaft das Materielle mit etwas Geistigem. „Kulturgüter“ konnten sowohl Praktiken als auch Objekte sein. Sie symbolisierten einerseits ökonomische Potenz und sollten andererseits die profane Besitzsphäre überschreiten. Für die „Kulturgüter“, gerade wenn konkret und greifbar geworden als Sammlungsobjekte, bedeutete das eine Isolierung und Auratisierung, zudem Verdinglichung zu erwerblichen Besitztümern. Über deren Sinn glaubte der Besitzer weitgehend autonom bestimmen zu können.



Blick auf den Lustgarten vor dem Humboldt Forum: In der Idee eines Kultur-Schlosses spiegelt sich ein bürgerliches Refugium des Guten, Wahren, Schönen. dpa

Diese frei bestimmbare, unverbindliche Relation zwischen realem Sein und imaginiertem Sinn charakterisiert das Hochwertwort „Kultur“ generell. Dadurch taugte es auch spät- oder postbürgerlich zur Allzweckphrase. „Kultur“ ist bis heute das, was zu einer profanen Praxis hinzukommt oder von höheren Sinnregionen übrig blieb. Ihre dekorative, auch machtkompensatorische Funktion hat linke wie rechte „Kulturkritik“ frühzeitig benannt. „Bildungsbürger“, „Bildungsphilister“, „Kulturphilister“ – mit solchen Ausdrücken wurden Formschwäche und Ohnmacht des Bürgertums verspottet oder beklagt. Sie fügten sich zum Topos von deutscher Gedankenschwere und Tatenarmut, von Enge des Wirkungskreises und Weite des Gedankenflugs.

Obwohl residual und vielleicht auch provinziell, gestattet das genannte Kulturverständnis doch eine kosmopolitische Hoffnung. Sie lautet auf Weltbürgerschaft dank musealisierter Welt-Anschauung. Eine ethnologische Sammlung etwa mag sich weltweiten Raubzügen verdanken. Doch als Museum der Völker und Kulturen kann sie die Welt imaginär zugänglich machen, ohne dass man diese fortan real antasten müsste. Die heutigen Schlossherrinnen und -herren beschwören kein friderizianisches oder wilhelminisches, sondern ein humboldtsches Preußen. Humboldtsche Weltbürgerschaft entsteht, so sagte es die Kulturstaatsministerin in ihrer Eröffnungsrede, durch grenzenlose „Neugier auf das Andere, das Fremde, das Neuartige“. Sie erfordert also eher eine geistige Haltung denn materielle Artefakte. Auf Letztere scheint geistiges Weltbürgertum nicht notwendig angewiesen.

In dieser Humboldt-Beschwörung zeichnet sich das Bild einer Welt ab, worin man vor allem eines ist: auf jeden ihrer Winkel neugierig und eben dadurch ihr wahrhafter Bürger. Ein erstaunlicher Optimismus. Worauf gründet er sich?

Die heutige Imago der Weltbürgerlichkeit profitiert von einer Demokratisierung des Reisens, die vor allem das zwanzigste Jahrhundert möglich gemacht hat. Das erschwinglich und komfortabel gewordene Reisen verwandelte den Reisewunsch selbst. Er verschob sich von der klassischen Bildungsreise zum Exotisch-Aufregenden, zum Urlaub von geregelter Bürgerlichkeit. Die klassischen Reiseziele des Bildungsbürgers waren jene Metropolen und Landschaften gewesen, die als Ursprungsorte seiner Zivilisation, mithin einer Normalhumanität galten. Das Exotische und Exzeptionelle hingegen sind die Reiseziele „ganz normaler Bürger“.

Eine möglichst extreme, nicht bedrohliche Fremdheit fasziniert Menschen, die man despektierlich, doch deskriptiv zutreffend „Konsumbürger“ nennt. Ihr weltweiter Siegeszug als Lebensmodell bewirkte zugleich einen Fremdheitsschwund. Der westliche Zivilisationsmensch und Weltreisende erfuhr es als Erster: Man sucht das Fremde und findet das Vertraute. One World bedeutet weniger Sensationen und mehr Bedenklichkeiten. Immerhin sind reale Begegnungen stets auch schuldhafte Berührung, Eingrenzung, Bevorzugung, Aneignung, mit einem Wort: Ungerechtigkeit. Doch ist reales Reisen – angesichts digitaler erschließbarer Weiten – nicht ohnehin entbehrlich?



Eine Passage für viele ethnologische Schätze: das Humboldt-Forum bei Nacht ZB

Die Virtualisierung des Schlossinneren in den Jahren 2020 und 2021 war durch den Seuchenschutz bedingt gewesen. Sie passte jedoch perfekt zur moralischen Beunruhigung rings um das Forum-Projekt. Denn virtuell, im Medium berührungsloser Anschauung, lässt sich der Welt unterschiedslos nahe sein und als ganzer gerecht werden. Wer hingegen real reisend herumkommt, kann niemals offen für alles sein, der Ort seiner Herkunft bestimmt die Richtung seines Blicks. Die unvermeidlichen Einseitigkeiten von Erfahrung und Urteil – beerben sie nicht die koloniale Anmaßung? Davor wäre der geistig aufgeschlossene gleichwie moralisch sensibilisierte Daheimbleiber bewahrt. Er darf hoffen, beim Museumsbesuch globale Vielfalt jenseits heimischer Vorlieben zu erfassen. Nationalkultureller Präferenzen oder dinglicher Präsentationen bedarf es dann nicht mehr. Ihr digital armiertes Museum bewarb die Stiftung Humboldt Forum als „Tor zur Welt“.

Doch selbst Weltoffenheit in häuslichem Rahmen kommt nicht ganz ohne dingliche Sinnträger, ohne Exponate aus. Dadurch ist fremden Kulturen weiterhin eine Selbstdistanz abgefordert, dank derer sie ihr soziales Leben zu „Kulturgütern“ vergegenständlichen und aus jenem herauslösen können. Nur so entsteht überhaupt eine Sammlung, selbst wenn nur virtuell. Dass „wir als Kunst behandeln, was in Herkunftskontexten nicht als Kunst behandelt wurde“, hat unlängst ein Kurator der Berliner Ethnologischen Sammlungen als museumspädagogisches Dauerproblem benannt.

Diese Ablösbarkeit repräsentativer Kulturobjekte von ihren konkreten Lebenskontexten und ihre Versammlung in einem imaginären Kosmos sind keineswegs universell verständlich. Sie fußen auf spezifisch okzidentalentgegensetzungen wie der von „Kultur“ (oder „Geist“) und „Macht“. In der Geschichte des deutschen Bürgertums war ein solcher Kulturbegriff plausibel, verhiess er doch einer oft machtfernen Klasse zumindest ein geistiges Dominium.

Debatten über weltbürgerliche Sinnfüllung

Auch die erste deutsche Staatsbildung nach 1945 griff in ihrer Selbstrepräsentation häufig auf „Kultur“ als Gegenbegriff zu „Macht“ zurück. Die Gründe dafür lagen auf der Hand. Bundesdeutsches Dasein blieb nationalgeschichtlich weithin virtuell, vollzog sich zwischen ökonomischem Binnenglück und geopolitischer Zurückhaltung. Ein transatlantischer Westen galt vielen Bundesbürgern für die eigentliche Welt. Der Weltrest schien als materielles wie ideelles Kulturgut unbegrenzt zugänglich, ohne konkret zu verpflichten. Zwischen „Kultur“ und „Politik“ bestand ein lockeres Ergänzungsverhältnis. Derlei Unverbindlichkeit schien man nach 1990 zunächst problemlos fortsetzen zu können, und das Berliner Kultur-Schloss, „ein weltweit einmaliges Projekt“, wie es der Kunsthistoriker Horst Bredekamp nannte, einer der drei „Gründungsintendanten“, sollte ihr einheitsdeutsches Symbol werden. Von Anbeginn liefen der Bau der pseudobarocken Schlosshülle und die Debatten über ihre weltbürgerliche Sinnfüllung nebeneinander her. Um nicht unter politischen Restaurationsverdacht zu geraten, mussten die Freunde des Schlosses auf seine kulturelle Nutzbarkeit verweisen. Die künftigen Nutzer wiederum – die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die Humboldt-Universität, das Berlin-Museum – waren bald bereit gewesen, die allzu eng angesetzten Räumlichkeiten als Fakta zu akzeptieren. Auch die äußere Gestalt geriet zum Kompromiss. Schlüters wiedererstandenem Barock hatte der Architekt Franco Stella die Ostfassade im (originär italofaschistischen!) Stil des razionalismo angefügt, was wohl sachlich-kühle Distanz zu nostalgischem Protz signalisieren sollte.

In der inneren Zwecksetzung erwies sich ein Kompromiss als schwieriger. Die Verlegung der Ethnologischen Sammlungen aus Berlin-Dahlem nach Berlin-Mitte hatte allem Verdacht nationalhistorischer Egozentrik vorbeugen sollen. Doch gerade durch den nunmehr exponierten Ort geriet das Forum ins Visier wachsender Dekolonisierung. Bis 1717, monierten diese, habe auch Brandenburg-Preußen mit Sklaven gehandelt. Das Ex-Stadtschloss der preussischen Könige repräsentiere somit selbst als bloße Kopie einen Staat, von dem als ehemaliger Kolonialmacht „Gewalt“ ausgegangen sei. Zwar existiert diese Kolonialmacht seit mehr als hundert Jahren nicht mehr. Doch verdanke man ihren Eroberungen und auch den Ankäufen – von einer weiteren Kolonialmacht! – nicht wenige der geplanten Exponate.



Blick auf den Eingang des Humboldt Forum am Spreewerke: Um nicht unter politischen Restaurationsverdacht zu geraten, mussten die Freunde des Schlosses auf seine kulturelle Nutzbarkeit verweisen. Jens Gyarmaty

Deren schuldsschwere Dinglichkeit hoffte die Stiftungsinitiative „kosmosdigital Humboldt Forum“ zunächst narrativ aufzulösen. Sie hatte eine „multiperspektivische Aufarbeitung von Objekten via Video“ angekündigt. Zu jedem Objekt kann jede und jeder die eigene Geschichte erzählen: Das Humboldt Forum wollte ehrlicher Makler des interkulturellen Gesprächs sein. Längst haben sich jedoch die Nachfolgestaaten einstiger Kolonialvölker zu Wort gemeldet. Nicht um Geschichten zu erzählen, sondern um Rückgaben zu erwirken. Gleichzeitig fordern halboffizielle, nämlich mit Senatsgeldern geförderte Gruppen wie „Decolonize Berlin“, das Humboldt Forum gänzlich vom Ausstellungs- zum Debattenort umzuwidmen.

Die Dekolonisierungsdebatte folgt moralischer Überbietungslogik. Durch sie ist die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hoffnungslos in die Defensive geraten. Das hatte sich die rot-grüne Bundesregierung gewiss nicht träumen lassen, als sie 2002 den Schlossbau-Beschluss fasste. Damals sollte das Bauerbe einer ungeliebten Epoche rasch abgeräumt werden. Inzwischen sieht sich die imaginierte Weltbürgerlichkeit durch eine machtbewusste Geschichtspolitik bedrängt.

Virtualisierung von Realgeschichte

Der Streit um „Raubkunst“ aus „Gewaltgeschichte“ und „Unrechtskontexten“

beleuchtet grell die Dilemmata neubundesdeutscher Selbstdarstellung. Das staatsoffizielle Kulturideal zielt auf Virtualisierung von Realgeschichte. Da es aber keine Kultur ohne Geschichte, keine Geschichte ohne Schuld gibt, definiert man das Eigene als repräsentativen Rahmen, worin sich die Vielfalt des Fremden gewaltlos entfaltet. An dessen unverbindliche Form als „Kultur“ hatte man sich in der guten alten Zeit der Bundesrepublik bis 1990 gewöhnt; ihre aktuellen Titel sind „Buntheit“, „Vielfalt“, „Diversität“. Unversehens erhebt nun dieses Fremde seinerseits nationalkulturelle Besitzansprüche. „Kultur“ gewinnt eine Unversöhnlichkeit, der gegenüber Begriffe wie „Kulturgüter“ und „Kulturbesitz“ von musealer Behäbigkeit scheinen.

Konzipiert wurde das Humboldt-Schloss ja tatsächlich als Museum. Vor allem aber war es als Monument bundesdeutscher Bürgerlichkeit und ihrer diskursfrohen Weltoffenheit gedacht. Reale Geschichte ist diesem Bundesbürgertum nicht geheuer. Wenn ihre Zeugnisse in die Gegenwart hineinragen, dann müssen sie beseitigt werden wie der Palast. Vergangenes, Fremdes ist als Architekturzitat oder als Weltkulturgut zugelassen.

Preußennostalgiker wie Postkoloniale erträumen sich eine virtuelle Geschichte, in der man souverän bestimmen kann, was man als die eigene „Identität“ erlebt. Diese Arrangiertheit von Gefühl durch Kalkül hat einst Ludwig Giesz in seiner 1960 erschienenen „Phänomenologie des Kitsches“ als „induzierte Stimmung“ beschrieben. Sie sei inszenierter Selbstgenuss, ein sentimentaler Trug.

Die Überlegungen von Giesz helfen zu verstehen, was in Berlins Mitte vor sich geht. Im postkolonialen Pseudopreußen setzt sich eine ästhetisch wie moralisch ausgeprägte Kitschneigung aus altbundesdeutschen Tagen fort. Damals durfte man darauf vertrauen, dass man sich die ferne, große Welt der Realgeschichte jederzeit in der kleinen Welt BRD virtuell aneignen könne – ob kulturbürgerlich sakral, ob konsumbürgerlich profan. Die Extreme kitschigen Weltgefühls konvergieren nun, wenngleich mit polemischem Rumpeln, im Hybridprojekt Kultur-Schloss. Dieses verspricht noch einmal volles Verfügen über Zeit und Raum.

Bauästhetisch zeigt sich der Kitsch am computergenerierten Schlossäußeren. Schier grenzenlos die Möglichkeit des Epochenzitierens und -kombinierens! Was realgeschichtlich in Jahrhunderten entstanden war, ließ sich in restaurativem Handstreich addieren: Turm, Kuppel, Banderole, Kreuz. Diskursmoralisch drängt der Kitsch ins Schlossinnere, zur Geste des Talkmasters fürs Gespräch der Weltkulturen.